



# Vollzugshilfe für Gemeinden zum Ablagerungsverbot

Aus dem Inhalt:

Was fällt unter das Ablagerungsverbot?

Wie vorgehen bei illegalen Ablagerungen?

Wer trägt die Räumungs- und Entsorgungskosten?



**Baudirektion  
Kanton Zürich**

**AWEL** Amt für  
Abfall, Wasser, Energie und Luft

# Vollzugshilfe zum Ablagerungsverbot

**Bequem und billig versuchen sich hin und wieder gewisse Leute ihrer Entsorgungspflicht zu entledigen. Nicht mehr gebrauchte Fahrzeuge, Möbel, Geräte usw. werden einfach auf öffentlichem oder privatem Grund deponiert und sich selber beziehungsweise der Gemeinde überlassen. An ihr liegt es dann, Abklärungen zu treffen, die nötigen rechtlichen Schritte einzuleiten und eventuell die abgelagerten Gegenstände wegzuschaffen.**

**Das seit 1996 geltende Abfallgesetz definiert den Begriff „ausgedient“, verbietet die Ablagerung im Freien und weist den Vollzug des Ablagerungsverbot den Gemeinden zu.**

**Die vorliegende Vollzugshilfe unterstützt Sie als zuständige Person in Stadt und Gemeinde, sich in der geltenden Rechtslage zurechtzufinden. Sie hält fest, in welchen Fällen Sie aktiv werden müssen und wie Sie dabei am besten vorgehen. Falls trotzdem noch Unklarheiten bleiben, geben wir gerne auch mündlich Auskunft. Sie finden unsere Kontaktinformationen auf der letzten Seite dieser Vollzugshilfe.**

**Besten Dank für Ihre Zusammenarbeit.**

## Was gilt?

Das Gesetz über die Abfallwirtschaft (Abfallgesetz) vom 25. September 1994 verbietet das Ablagern von Abfällen im Freien (§ 14 Abs. 1). Unter den Begriff „Abfall“ fallen Gegenstände, die nicht mehr bestimmungsgemäss verwendet werden und derer sich die Besitzerin/der Besitzer entweder entledigen möchte oder die aus öffentlichem Interesse - zum Beispiel für den Gewässerschutz - beseitigt werden müssen. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Gegenstände auf privatem oder öffentlichem Grund lagern und ob sie aus Haushalten oder Betrieben stammen.

Zuständig für den Vollzug des Ablagerungsverbotes ist die Gemeinde (§ 35 Abs. 4 Abfallgesetz). Es ist auch ihre Aufgabe, die sachgemässe Entsorgung zu veranlassen. Lässt sich der Verursacher oder die Verursacherin von Ablagerungen nicht ermitteln, muss grundsätzlich der Inhaber/die Inhaberin des Grundstückes die Abfälle beseitigen und wird damit kostenpflichtig.

Lagern die Abfälle auf öffentlichem Grund, gilt die Gemeinde als deren Inhaberin und übernimmt die Entsorgung. Falls es sich dabei nicht um Siedlungsabfälle handelt, können die entstandenen Kosten dem Kanton (AWEL) überwältzt werden. Die strafrechtliche Untersuchung und Beurteilung von Verstössen gegen das Ablagerungsverbot obliegt den Statthalterämtern (§ 39 Abs. 3 Abfallgesetz).

## Der Begriff „Inhaber/in“

Kraft seiner/ihrer Sachherrschaft über das betroffene Grundstück wird der/die Eigentümer/in oder Besitzer/in zum Inhaber bzw. zur Inhaberin der unrechtmässig abgelagerten Abfälle. Dies unabhängig davon, ob er oder sie die Abfälle selber verursacht oder angenommen hat oder ob sie von Dritten ungefragt hingestellt worden sind.

Auf privatem Grund kommen als Inhaber/in in Frage:

1. Grundeigentümer/in oder Baurechtsberechtigte/r
  2. Mieter/in oder Pächter/in.
- Auf öffentlichem Grund ist die Gemeinde Inhaberin der Abfälle.

## Was fällt unter das Ablagerungsverbot?

Beim abgelagerten Material muss es sich um Abfall im Rechtssinn handeln. In der Praxis fällt es nicht immer leicht, zwischen Abfall und Wertstoff zu unterscheiden. Deutliche Anhaltspunkte liefern das Umweltschutzgesetz und das Abfallgesetz:

- „Abfälle sind bewegliche Sachen, deren sich der Inhaber entledigt oder deren Entsorgung im öffentlichen Interesse geboten ist.“ (Art. 7, Abs. 6 des Umweltschutzgesetzes [USG] vom 7. Oktober 1983)
- Gegenstände, „die nicht mehr bestimmungsgemäss verwendet werden und deren sich die Besitzerin oder der Besitzer

# Vollzugshilfe zum Ablagerungsverbot

entledigen will oder die im öffentlichen Interesse zu behandeln sind“, gelten als ausgedient und somit als Abfälle (§ 15 Abfallgesetz).

Ausgehend davon kann entweder subjektiv oder objektiv definiert werden, was als Abfall gilt:

- **Subjektiver Abfallbegriff:** Inhaberin oder Inhaber wollen das Material nicht mehr verwenden. Dies erklären sie selber ausdrücklich oder es ergibt sich klar aus den Umständen (z.B. ein Sofa wird im Freien abgestellt).
- **Objektiver Abfallbegriff:** Die Ablagerung widerspricht dem öffentlichen Interesse. Sie gefährdet Gewässer, beeinträchtigt das Ortsbild, verschandelt die Landschaft oder tangiert raumplanerische, feuer- oder gesundheitspolizeiliche Interessen.

Ob sich die abgelagerten Abfälle auf öffentlichem oder privatem Grund befinden, spielt keine Rolle. Materialansammlungen in Innenräumen fallen dagegen nicht unter das Ablagerungsverbot.

## Wann gilt ein Auto als Abfall und muss entfernt werden?

Es wird zwischen betriebssicheren und Abfall-Fahrzeugen unterschieden. Ob ein Auto als betriebssicher gilt, kann aufgrund des Fahrzeugsalters und der Anzahl Jahre seit der letzten

Motorfahrzeugkontrolle beurteilt werden. Die genauen Beurteilungskriterien sind im Merkblatt „Anforderungen an die Lagerung von Fahrzeugen“ dargestellt (Internet: [www.bus.zh.ch](http://www.bus.zh.ch) oder [www.abfall.zh.ch](http://www.abfall.zh.ch), Rubrik Dokumente). Abfall-Fahrzeuge dürfen weder auf privatem noch auf öffentlichem Grund im Freien abgelagert oder stehen gelassen werden.

Im Streitfall empfiehlt es sich, einen Sachverständigen des Autogewerbeverbandes der Schweiz (AGVS) beizuziehen. Die Kosten für ein Gutachten übernimmt die Gemeinde. Sie kann diese aber per Verfügung auf die kostenpflichtige Person überwälzen.

**Autogewerbe-Verband der Schweiz (AGVS)**  
Sektion Zürich  
Obstgartenstrasse 28  
**8035 Zürich**

Telefon 044 361 48 00  
Fax 044 361 19 91

## Was tun gegen verbotene Ablagerungen?

### 1. Bevölkerung informieren und beraten

Sorgen Sie durch ständige und gut verständliche Information in den geeigneten Medien (Abfallkalender etc.) dafür, dass Abfälle nicht irgendwo deponiert, sondern sachgemäss entsorgt werden. Antworten Sie auf Fragen und bieten Sie von sich aus Beratung an, wo erfahrungsgemäss Unsicherheiten bestehen.

### 2. Gemeindegebiet regelmässig kontrollieren

Kontrollieren Sie regelmässig, ob im Gemeindegebiet - sowohl auf öffentlichem als auch auf privatem Grund - Abfall im Freien abgelagert ist. Stellen Sie eine illegale Ablagerung fest, so leiten Sie umgehend die notwendigen Schritte ein.

### 3. Sachverhalt abklären

Prüfen Sie, ob der festgestellte Sachverhalt unter das Ablagerungsverbot (§14 Abs. 1 Abfallgesetz) fällt (vgl. „Was fällt unter das Ablagerungsverbot?“).

### 4. Verursacher/in ermitteln

Klären Sie ab, wer die unrechtmässige Ablagerung verursacht hat. Nicht immer handelt es sich dabei um die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstückes, auf dem das Material liegt (Inhaber/in). Greifen Sie nicht ohne Abklärungen einfach auf die Inhaberin oder den Inhaber zu (siehe auch Kasten auf Seite 2 zum Begriff „Inhaber/in“).

### 5. Zur Räumung auffordern

Steht fest, dass es sich um eine unzulässige Abfallablagerung handelt, so fordern Sie den/die Verursacher/in beziehungsweise Inhaber/in schriftlich und per Einschreiben auf, das Material innerhalb einer gesetzten Frist wegzuräumen.

### 6. Räumungsverfügung erlassen

Kommt der oder die Pflichtige dieser Aufforderung nicht nach, muss die zuständige Gemeindebehörde eine Räumungsverfügung erlassen. Sobald diese Verfügung erlassen, nach Ablauf der Rekursfrist,

# Vollzugshilfe zum Ablagerungsverbot

rechtskräftig ist, kann sie grundsätzlich vollstreckt werden. In der Regel empfiehlt es sich aber, nochmals eine kurze Frist zur Beseitigung einzuräumen.

## 7. Vollstreckungsverfügung erlassen

Läuft die letzte Frist zur Räumung ungenutzt ab, so ist mittels Vollstreckungsverfügung die Ersatzvornahme anzuordnen und der oder die Säumige der Polizei anzuzeigen. Sodann schreiten Sie zur Ersatzvornahme.

## 8. Kosten auferlegen

Sämtliche Kosten, die der Gemeinde im Zusammenhang mit der Zwangsräumung erwachsen, sind der pflichtigen Person mittels Kostenverfügung aufzuerlegen.

## Strafrechtliche Sanktionen

Unabhängig vom oben beschriebenen Vorgehen sind Verstösse gegen das Abfallgesetz bei der zuständigen Gemeinde- bzw. Stadtpolizei oder der Kantonspolizei anzuzeigen.

## Was steht in den einzelnen Verfügungen?

In Ihrer Gemeindeordnung ist festgelegt, welche Behörde die erforderlichen Verfügungen zu erlassen hat. Damit diese vollständig und rechtskräftig sind, müssen folgende Inhalte abgedeckt sein:

### Räumungsverfügung

(siehe Muster im Anhang)

- Hinweis auf das Ablagerungsverbot gemäss Abfallgesetz
- genaue Bezeichnung der zu räumenden Gegenstände
- Aufforderung zur Entfernung des Abfalls
- Räumungstermin
- Androhung der Zwangsräumung mit Kostenfolge
- Kosten dieser Verfügung
- Rekursmöglichkeit an den Bezirksrat

### Vollstreckungsverfügung

(siehe Muster im Anhang)

- Bezug zur Räumungsverfügung
  - Datum und Ort der Zwangsräumung
  - Mitwirkungspflicht bei der Zwangsräumung
  - Folgen bei Nichterscheinen
  - Kosten dieser Verfügung
- (keine Rekursmöglichkeit gegen Vollstreckung, Rekurs gegen Kosten an Bezirksrat)

### Kostenverfügung

- Kostentragung der Zwangsräumung
- Kostenaufstellung im Detail
- Rekursmöglichkeit an den Bezirksrat

## Mitwirkung bei der Zwangsräumung

Kommt es zur Zwangsräumung, trifft den Verursacher/die Verursacherin beziehungsweise an deren Stelle den Inhaber/die Inhaberin eine Mitwirkungspflicht. Er/sie muss der Gemeinde die nötigen Auskünfte erteilen und

dazu bei der Räumung anwesend sein. Das gibt den Pflichtigen auch die Möglichkeit, vor Ort Einwendungen vorzubringen, zum Beispiel falls gewisse Gegenstände verkauft werden sollen. Wenn das Vorgebrachte glaubhaft erscheint, lässt die Gemeinde die bezeichneten Gegenstände auf Kosten der Pflichtigen zwischengelagern. Oft lässt sich - zum Beispiel durch ein Telefonat beim angeblichen Käufer - ohne weiteres feststellen, ob es sich bei den Angaben der Pflichtigen um eine Schutzbehauptung handelt oder nicht. Dann wird der Abfall gegebenenfalls mitgenommen. Entzieht sich der Inhaber oder die Inhaberin der Mitwirkungspflicht, entfällt auch der Anspruch auf Einflussnahme.

## Kein Verursacher gefunden, wie vorgehen?

### Entsorgungspflicht des Inhabers/der Inhaberin

Die Gemeindebehörden sind gehalten, den Verursacher oder die Verursacherin einer Abfallablagerung zu ermitteln. In der Praxis ist das oft nicht möglich. Letztlich muss der Inhaber oder die Inhaberin für die Beseitigung der Ablagerung sorgen (siehe auch Kasten auf Seite 2 zum Begriff „Inhaber/in“).

### Entgegenkommen zeigen

Die zuständigen Behörden müssen den Sachverhalt genau abklären und den Verursacher/die Verursacherin allenfalls mit Hilfe der Polizei ausfindig machen. Erst

# Vollzugshilfe zum Ablagerungsverbot

wenn dies nicht gelingt, sollen Inhaber oder Inhaberin belangt werden. Doch auch dann empfiehlt es sich, eine flexible, entgegenkommende Haltung einzunehmen. Prüfen Sie, ob die Gemeinde nicht im Rahmen ihrer Beratungspflicht (§ 35 Abs. 2 Abfallgesetz) technisch-organisatorische oder finanzielle Unterstützung bei der fachgerechten Entsorgung leisten kann.

## Rechtsmittel Inhaber/in

Der Inhaber/die Inhaberin kann gegen eine unbekannte Verursacherin oder einen unbekanntem Verursacher bei der Polizei Strafanzeige einreichen. Die Beseitigungspflicht entfällt dadurch jedoch nicht und wird auch nicht aufgeschoben, da die Ablagerung einen Missstand darstellt, der zwingend behoben werden muss.

## Wer trägt die Kosten?

Kosten entstehen für Abklärungen, Kontrollen, Überwachung und schliesslich für die Beseitigung der Ablagerungen sowie für die Behebung der dadurch entstandenen Umweltschäden. Dafür muss die Verursacherin/der Verursacher aufkommen. Konnte keine verantwortliche Person ermittelt werden, wird die Inhaberin/der Inhaber belangt. Um Härtefälle zu vermeiden, kann sich die Gemeinde - zum Beispiel aus Mitteln der Abfallgrundgebühr - an den Kosten beteiligen.

Für Ablagerungen auf öffentlichem Grund, bei denen es sich nicht um Siedlungsabfälle handelt, übernimmt der Kanton die Besei-

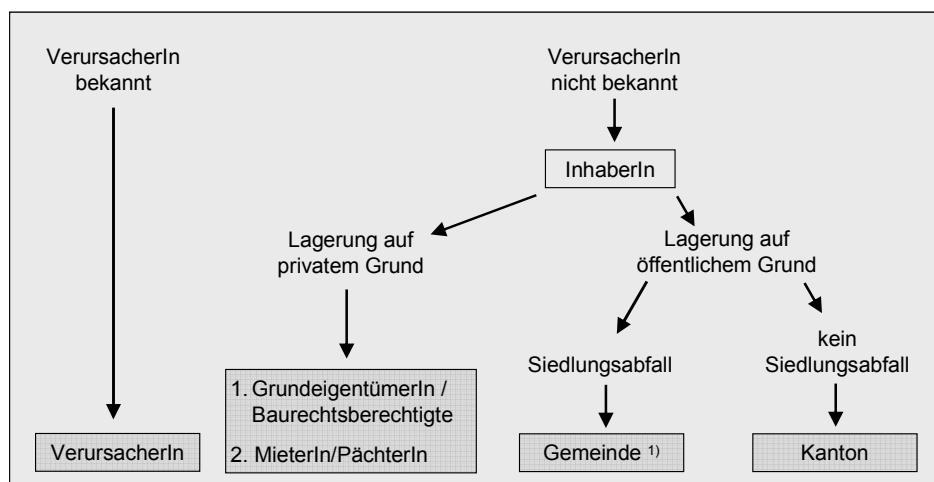
tigungskosten. Voraussetzung dafür ist, dass die Gemeinde vergeblich versucht hat, den Verursacher bzw. die Verursacherin zu ermitteln. Stellen Sie die Kosten unter Beilage von entsprechenden Nachweisen beim AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft in Rechnung.

Bei auf öffentlichem Grund deponierten Siedlungsabfällen trägt die Gemeinde als Inhaberin die Kosten, da gemäss § 35 Abs. 1 des Abfallgesetzes die Sammlung und Entsorgung von Siedlungsabfällen vollumfänglich Gemeindeaufgabe ist.

**AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft**  
Abteilung Abfallwirtschaft und Betriebe  
Weinbergstrasse 34 / Postfach 8090 Zürich

Telefon: 043 259 39 49  
Telefax: 043 259 42 80  
E-Mail: [abfall@bd.zh.ch](mailto:abfall@bd.zh.ch)  
[www.abfall.zh.ch](http://www.abfall.zh.ch)

## So ermitteln Sie die Kostenpflichtigen



1) Ausnahme: Bei Staats- und Nationalstrassen sowie bestimmten Gewässern sorgt der Kanton für die Beseitigung von kleinen Abfällen im Rahmen seiner Unterhaltungspflicht gemäss Strassengesetz resp. Wasserwirtschaftsgesetz.

# Anhang 1 zur Vollzugshilfe zum Ablagerungsverbot

## **Muster Räumungsverfügung**

(Briefkopf der gemäss Gemeindeordnung zuständigen Behörde)  
(Name und Adresse des Verfügungsadressaten)

### **Verfügung vom ...**

#### **(Name des Adressaten). Aufforderung zur Entfernung und fachgerechten Entsorgung von Abfällen. Verbot der Ablagerung von Abfällen im Freien.**

Das Gesetz über die Abfallwirtschaft (Abfallgesetz) vom 25. September 1994 verbietet das Ablagern oder Stehenlassen von Abfällen im Freien auf öffentlichem und privatem Grund. Dies gilt insbesondere für ausgediente Fahrzeuge, Möbel, Geräte und ihre Bestandteile sowie Erzeugnisse aus Metall oder Kunststoff (§ 14 des Abfallgesetzes).

(Name des Adressaten) lagert (Örtlichkeit) Abfälle im Freien, was § 14 des Abfallgesetzes widerspricht. Es handelt sich namentlich um folgende Gegenstände:

... (Bezeichnung der Gegenstände im einzelnen)

...

Die Gemeindebehörden sind aufgrund von § 35 Abs. 4 des Abfallgesetzes gehalten, vom Inhaber der Abfälle innert angemessener Frist die Beseitigung zu verlangen. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, muss die zuständige Gemeindebehörde die Räumung zulasten des Inhabers durchführen und den Pflichtigen gemäss § 39 Abs. 1 Buchstaben b und f des Abfallgesetzes bei der zuständigen Strafinstanz verzeigen.

#### **Daher ergeht folgende**

#### **V e r f ü g u n g :**

1. (Name des Adressaten) hat den oben bezeichneten Platz bis spätestens (Datum) vollständig von Abfällen zu räumen; die Entsorgung der Materialien hat nach den Abfallvorschriften des Bundes, des Kantons und der Gemeinde zu erfolgen.
2. Leistet (Name des Adressaten) der Aufforderung gemäss Dispositiv Ziffer 1. keine Folge, so wird die Räumung im Sinne einer Ersatzvornahme unter Kostenfolge zu Lasten von (Name des Adressaten) veranlasst.
3. Neu zugeführte Materialien, Gerätschaften und Fahrzeuge, welche unter das Ablagerungsverbot fallen, werden nach schriftlicher Beseitigungsaufforderung im Sinne einer Ersatzvornahme unter Kostenfolge umgehend abgeführt.
4. Die Kosten dieser Verfügung von Fr. .... werden (Name des Adressaten) auferlegt.
5. Bei Missachtung der Frist gemäss Dispositiv Ziffer 1. erfolgt Verzeigung zur Bestrafung. Die Widerhandlung gegen diese Verfügung ist gemäss § 39 Abs. 1 lit. b Abfallgesetz mit Haft oder Busse bis Fr. 50'000 bedroht.
6. Gegen diese Verfügung kann innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, beim Bezirksrat (Ort) Rekurs erhoben werden. Die Rekurschrift ist im Doppel einzureichen und muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Die angefochtene Verfügung ist beizulegen; die angerufenen Beweismittel sind genau zu bezeichnen und soweit möglich beizulegen.
7. Mitteilung  
an (Name und Adresse des Adressaten) (eingeschrieben),  
zur Überwachung des Vollzugs an (Kontrollorgan der Gemeinde),  
sowie an die (Gemeindekasse).

(Ort, Datum, Unterschrift)

## Anhang 2 zur Vollzugshilfe zum Ablagerungsverbot **Muster Vollstreckungsverfügung**

(Briefkopf der gemäss Gemeindeordnung zuständigen Behörde)  
(Name und Adresse des Verfügungsadressaten)

### Verfügung vom ...

#### **(Name des Adressaten). Anordnung der Ersatzvornahme (Vollstreckung). Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Zwangsräumung.**

Mit Verfügung vom (Datum) wurde (Name des Adressaten) aufgefordert, das Areal (Örtlichkeit) zu räumen. Die Verfügung ist mittlerweile rechtskräftig geworden. Am (Datum) wurde (Name des Adressaten) noch einmal aufgefordert, das Areal bis spätestens (Datum) zu räumen. Eine Kontrolle am (Datum) zeigte jedoch, dass der widerrechtliche Zustand nicht beseitigt worden ist. Die Räumung ist daher androhungsgemäss mittels Ersatzvornahme von der Gemeinde durchzuführen (§ 35 Abs. 4 des Abfallgesetzes; § 29 f des Verwaltungsrechtspflegegesetzes).

Aufgrund von Art. 46 des Bundesgesetzes über den Umweltschutz und § 8 des Abfallgesetzes ist (Name des Adressaten) gehalten, die nötigen Auskünfte zu erteilen, damit die Zwangsräumung reibungslos ablaufen kann. Zu den Mitwirkungspflichten von (Name des Adressaten) gehört insbesondere, dass er spätestens bei der Zwangsräumung bekannt gibt, falls bestimmte Gegenstände einer besonderen Nutzung zugeführt werden sollen. Werden allfällige Einwendungen gegen die Wegführung bestimmter Sachen erhoben, so werden diese Gegenstände bis zum definitiven Entscheid auf Kosten von (Name des Adressaten) eingelagert. Ausgenommen sind Gegenstände, bei denen sofort erkennbar ist, dass es sich um Abfälle im Sinne von § 15 des Abfallgesetzes handelt.

### **Daher ergeht folgende V e r f ü g u n g :**

1. Die Räumung des Areals (Örtlichkeit) wird am (Datum der Zwangsräumung) durch (die Gemeinde oder durch Unternehmer XY im Auftrag und im Beisein der Gemeinde) erfolgen.
2. (Name des Adressaten) wird aufgefordert, bei der Zwangsräumung auf dem Areal anwesend zu sein. Nichterscheinen hat Verwirkung des Rechts, bestimmte Gegenstände einer besonderen Nutzung zuzuführen, zur Folge.
3. Die Kosten dieser Verfügung von Fr. .... werden (Name des Adressaten) auferlegt. Der Betrag ist innert eines Monats nach Erhalt dieser Verfügung an die Gemeindekasse zu zahlen.
4. Gegen Disp. Ziffer 3 dieser Verfügung kann innert 30 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, beim Bezirksrat (Ort) mit schriftlicher Begründung Rekurs erhoben werden.
5. Mitteilung  
an (Name und Adresse des Adressaten) (eingeschrieben),  
zur Überwachung des Vollzugs an (Kontrollorgan der Gemeinde),  
sowie an die (Gemeindekasse).

(Ort, Datum, Unterschrift)